

Presseinformation

Wiesbaden, 9. Mai 2018

Integrationsverträge

Staatssekretär Kai Klose: „Integration braucht Bündnisse - Integrationsverträge des Landes zu zentralen Themen“

Wiesbaden. Die Hessische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Vereinbarung von Integrationsverträgen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren festgehalten. Zu zentralen und sehr aktuellen Themen der Integrationspolitik hat das Hessische Sozialministerium nun zwei Integrationsverträge abgeschlossen.

Bei der Vorstellung der Verträge am 9. Mai stellte der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Kai Klose, fest: „In Hessen funktioniert Integration Hand in Hand. Nur mit unseren Bündnispartnern aus der Zivilgesellschaft gemeinsam können wir Integrationspolitik so gestalten, dass sie bei den Menschen auch ankommt.“

Die Hessische Landesregierung hat einen Integrationsvertrag mit der Bildungsstätte Anne Frank (BAF) zu dem hoch aktuellen Thema des Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft abgeschlossen. Damit greift sie die in der jüngsten Zeit zunehmenden Angriffe gegen Jüdinnen und Juden auch in Hessen auf und setzt einen aktiven Part dagegen. Der Zuzug von Geflüchteten im Jahr 2015 aus den Bürgerkriegsgebieten des Nahen Ostens hat zu Befürchtungen jüdischer Gemeinden geführt, die Zuwanderung muslimischer Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und nordafrikanischen Staaten könnte zu einem signifikanten Anstieg des Antisemitismus führen. Klose betonte in diesem Zusammenhang ausdrücklich: „In Deutschland haben wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber

jüdischem Leben und es kann uns nicht ruhig lassen, wenn wir hören, dass Juden in deutschen Städten Angst haben müssen, eine Kippa zu tragen. Es ist an uns allen, immer wieder für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu streiten. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, bei dieser Diskussion nicht alle Geflüchteten und alle Muslime in einen Topf zu werfen und dabei antisemitische Einstellungen in der einheimischen Bevölkerung außer Acht zu lassen. Mit der Bildungsstätte-Anne-Frank haben wir einen Partner gefunden, der viel Expertise in diesem Themenfeld einbringt.“

Die Bildungsstätte Anne Frank begrüßt das Vorhaben des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, Projekte und Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus zu fördern. „Aus unserer Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen wissen wir: Antisemitismus und Rassismus sind auch in Hessen für viele Menschen Alltag und Normalität“, sagt Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, die als landesweites Zentrum für politische Bildung und Beratung mit Standorten in Frankfurt/Main (Zentrale) und Kassel in ganz Hessen vertreten ist. Vor dem Hintergrund der antisemitischen und islamfeindlichen Vorfälle der jüngeren Zeit habe das Sicherheitsgefühl von Menschen, die in Hessen einer Minderheit angehören, noch einmal deutlich gelitten. Zugleich seien für viele Angehörige der Mehrheitsgesellschaft die Ausmaße der Anfeindungen nur schwer greifbar, viele fühlten sich selbst verunsichert durch die Herausforderungen der vielfältigen und interkulturellen Gesellschaft. Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. „Es ist wichtig, dass die Politik deutliche Signale sendet. Das HMSI geht mit dem Integrationsvertrag einen wichtigen Schritt, da es zum einen die Ausgrenzungserfahrungen von muslimischen Jugendlichen berücksichtigt und gleichzeitig deren antisemitische Vorurteile, die mit einer Israelkritik vermischt werden, aufgreift“, sagt Saba-Nur Cheema, Leiterin der Pädagogischen Programme der Bildungsstätte Anne Frank

Der zweite Integrationsvertrag mit dem Hessischen Jugendring (HJR) hat das nicht minder wichtige Thema der Zugehörigkeit von Angehörigen der zweiten und dritten Generation Zugewanderter zum Inhalt. Laut dem aktuellen Hessischen Integrationsmonitor hat knapp jeder dritte Hesse einen Migrationshintergrund, dies ist bundesweit der zweithöchste Anteil. Rund die Hälfte der 1,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Umso zentraler ist es, dass alle sich hier in Hessen

zugehörig fühlen. Dazu sind gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten ein wichtiger Faktor, aber auch ein Selbstverständnis zu entwickeln, dass Menschen, die schon lange hier leben, zuallererst Hessinnen und Hessen sind, auch und gerade wenn sie anders aussehen, anders heißen oder einem anderen Glauben angehören. Klose betonte: „Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft im Sinne eines neuen und inklusiven WIR zu fördern, müssen wir daher weiter aufeinander zugehen und miteinander ins Gespräch kommen. Denn erst Begegnungen und das Engagement im eigenen Umfeld, aber auch das offene Ansprechen von Konflikten und das friedliche Arbeiten an Lösungen, machen eine funktionierende Gemeinschaft aus, in der jeder und jede ihren Platz finden kann. Wir müssen gerade in Zeiten von stetigem Wandel klarmachen, was verhandelbar ist und welches Fundament nicht verhandelbar ist.“

Gemeinsam mit dem Hessischen Jugendring werden wir Kinder und Jugendliche, deren Leben auch durch eine Zuwanderungsgeschichte geprägt ist, einladen sich am Diskurs zu Zugehörigkeits- und Identitätsfragen zu beteiligen und gehört zu werden.

Mario Machalet, Vorsitzender des Hessischen Jugendrings, betonte: „Als Hessischer Jugendring freuen wir uns, als Bündnispartner an der Umsetzung des Hessischen Integrationsplans mitzuwirken. Im Rahmen der Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration möchten wir eine Landesfachstelle Integration in der Jugendarbeit aufbauen. Ziele der Landesfachstelle sind die Qualifikation, Beratung und Unterstützung von Selbstorganisationen junger Menschen die von Zuwanderungsgeschichte geprägt sind und von Akteur_innen der Jugendarbeit, im Prozess der interkulturellen Öffnung der Angebote und Strukturen der Jugendarbeit in Hessen.“